

P R O T O K O L L
der 384. Sitzung des Grossen Gemeinderats

| | |
|----------------------------|---|
| Datum | Dienstag, 23. Mai 2017 |
| Zeit | 19.30 – 21.15 Uhr |
| Ort | Aula der Schulanlage Moos |
| Anwesend Vorsitz | Thut Walter |
| Mitglieder | Aebersold Jürg, Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bircher Laura, Corti Andrea, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Herren Jennifer, Humm Martin, Jordi Kevin, Klopfstein Carole, Kneubühler Peter, Kohler-Köhle Andreas, Lauper Reto, Lehni Laura, Lütolf Roland, Messerli Patricia, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schnyder Isabel, Siegenthaler Muinde Gabriele, Spycher Christian, Stettler Jürg, Thaler Anik, von Gunten Adrian, Waber Rudolf, Waldherr-Marty Petra, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel |
| Stimmenzählende | Messerli Patricia, Reimers Markus |
| Vertreter des Gemeinderats | Hanke Thomas, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Wegmüller Beat |
| Sekretärin | Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin |
| Zusätzlich anwesend | Rutschi Reto, Finanzverwalter (Trakt. 3 + 5) |
| Entschuldigt abwesend | GGR: Ezquerra Laura, Grubwinkler Christa, Legler Bettina, Mäder Renate |
| Protokoll | Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv. |

| | |
|-----------|----|
| Geschäfte | 12 |
|-----------|----|

Traktanden

| | | |
|----|--|----|
| 1 | Protokoll der Sitzung vom 25. April 2017 | 50 |
| 2 | Wahl Rechnungsprüfungsorgan | 51 |
| 3 | Jahresrechnung 2016 der Gemeinde Muri bei Bern | 51 |
| 4 | Verwaltungsbericht 2016 der Gemeinde Muri bei Bern | 54 |
| 5 | Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern; Weiterführung der Sanierungsmassnahmen | 56 |
| 6 | Sportanlage Füllerich, Sanierung der Aussenanlagen - Nachkredit Rasenspielfelder | 60 |
| 7 | Postulat Regionalkommission Muri BE Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen; Zwischenbericht | 65 |
| 8 | Jugendmotion betr. Errichtung eines Downhill-Parks | 65 |
| 9 | Motion SP / Grüne; "Fair Trade Town" Muri-Gümligen | 67 |
| 10 | Interpellation Kohler-Köhle (SP) gefährdete Poststellen in Muri und Gümligen | 69 |
| 11 | Informationen des Gemeinderats | 69 |
| 12 | Neue parlamentarische Vorstösse | 69 |

Der Vorsitzende eröffnet die 384. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreter der Presse, die Gäste sowie seitens der Verwaltung Reto Rutschi, Finanzverwalter.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Der Vorsitzende erklärt, unter Traktandum 8 werde die Jugendmotion betreffend Errichtung eines Downhill-Parks behandelt. Es seien zwei der jugendlichen Motionäre im Saal anwesend und er schlage deshalb vor, das Traktandum 8 direkt nach dem Traktandum 1 zu behandeln, um die Jugendlichen nicht unnötig lange warten zu lassen. Er gehe davon aus, dass die Ratsmitglieder mit diesem Vorgehen einverstanden seien.

1 Protokoll der Sitzung vom 25. April 2017

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Wahl Rechnungsprüfungsorgan

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2017 wird die Firma BDO AG, Burgdorf, gewählt.

3 Jahresrechnung 2016 der Gemeinde Muri bei Bern

Der Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Reto Rutschi, Finanzverwalter, zur Verfügung.

An dieser Stelle verdanke er noch den Informationsanlass vom 9. Mai 2017 zu den Themen

- HRM2 / Jahresrechnung 2016
- Pensionskasse; Weiterführung der Sanierungsmassnahmen

Der Anlass sei gut besucht und die Informationen geeignet gewesen, die Sachverhalte besser zu verstehen. Weiter sei an diesem Datum auch eine Information zu den übergeordneten Richtplänen und zur Planungsagenda der Gemeinde erfolgt.

Peter Kneubühler führt aus, die GPK empfehle dem Grossen Gemeinderat einstimmig, den vom Gemeinderat beantragten Beschluss zu unterstützen und die Jahresrechnung 2016, die mit einem Aufwandüberschuss von CHF 15'233.07 im Gesamthaushalt abschliesse, zu genehmigen. Die GPK habe sich die Jahresrechnung 2016, die erstmals nach dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell HRM2 erstellt worden sei, von Finanzverwalter Reto Rutschi ausführlich erläutern lassen. Im Anschluss an diese Erläuterungen habe die GPK die Rechnung kapitelweise unter die Lupe genommen. Dabei hätten Reto Rutschi und Gemeindepräsident Thomas Hanke alle aus der Mitte der GPK gestellten Fragen nicht nur in sehr kompetenter Manier, sondern auch auf plausible Art und Weise beantworten können. Thematisiert worden seien in der GPK etwa die Finanzkennzahlen – die noch nicht sehr aussagekräftig seien, da noch keine Jahresvergleiche gezogen werden könnten –, oder auch die getätigten Nettoinvestitionen, die aufgrund der Übertragung der Aktien der ARA Region Bern AG von der Einwohnergemeinde an die Gemeindebetriebe quasi "verfälscht" worden seien. Ferner sei in der GPK der Mehraufwand beim Personalaufwand zur Sprache gekommen. Dieser habe sich durch Rückstellungen einerseits zu Gunsten der Sanierung der Pensionskasse und andererseits für Ferien- und Überzeitguthaben ergeben. Diese Rückstellungen hätten aufgrund der nach HRM2 verlangten True&Fair-View-Darstellung vorgenommen werden müssen. Ebenso habe die GPK die Gründe für die bei den juristischen Personen gesunkenen Steuereinnahmen erforscht. Diese – so habe die GPK erfahren – seien vielfältiger Natur und nicht immer ganz eindeutig eruiierbar. Wie bereits der Gemeinderat habe auch die GPK abschliessend feststellen können, dass die Gemeindefinanzen zurzeit gesund seien und auf einem soliden Fundament ruhen würden. Dies sei alles andere als selbstverständlich und vor allem auch darauf zurückzuführen, dass Behörden und Verwaltung äusserst sorgsam mit den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgegangen seien. Daher danke die GPK sämtlichen Beteiligten, aber insbesondere der Finanzverwaltung unter der Leitung von Reto Rutschi, ganz herzlich für die geleistete ausgezeichnete Arbeit und den un-

ermüdlichen Einsatz, die sich in der vorliegenden Jahresrechnung 2016 direkt widerspiegeln würden.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, HRM2 zeichne sich durch einen irrsinnigen Papierumfang aus. 105 Seiten, man benötige fast eine Lesehilfe um zu wissen, was wo stehe. Vorab aber auch von seiner Seite her ein grosser Dank an Reto Rutschi und seinem Team für den nahtlosen Übergang zum neuen System. Er wolle trotzdem noch einige Eckzahlen nennen. Die Gemeinde Muri habe einen Umsatz von CHF 68 Mio. und es liege – wenn man den Allgemeinen Haushalt betrachte und die Spezialfinanzierung Abfall weglasse – ein Ertragsüberschuss von rund CHF 134'000 vor. Dies bedeute eine Besserstellung gegenüber dem Budget von rund CHF 424'000; budgetiert gewesen sei ein Aufwandüberschuss von CHF 290'000. Die Hauptgründe seien: Der Steuerertrag liege insgesamt CHF 1,71 Mio. über dem budgetierten Wert. Diese Mehreinnahmen würden leider auf nicht nachhaltigen Momenten wie Steuer- veranlagungen aus Vorjahren und Erbschaftssteuern beruhen und er hätte grosse Hemmungen, das erfreuliche Resultat vom letzten Jahr bei den Erbschaftssteuern nun einfach ins Budget vom nächsten Jahr aufzunehmen. Nachteilig sei, dass die Person nicht mehr lebe und wenn die Nachkommen bzw. die Erben nicht in der Gemeinde wohnen würden, hätten wir von diesem Steuersubstrat nichts mehr. Zum höheren Personalaufwand wolle er sich nicht mehr äussern. Zugute gekommen seien uns die tieferen Abschreibungen. Wir würden indessen CHF 28 Mio. an die kantonalen Finanz- und Lastenausgleichssysteme abliefern, was 41 % des Umsatzes entspreche und eine Mehrbelastung gegenüber dem Budget von CHF 860'000 darstelle. Der Rat dürfe so- dann den Gemeinderat loben für den Realisierungsgrad von 79,2 % bei den Netto- investitionen von effektiv rund CHF 4,22 Mio. HRM2 verlange zudem eine Neubewertung des Finanzvermögens. Aufgrund dieser Neubewertung seien wir auf einen Schlag gerade um CHF 30,4 Mio. reicher geworden, dies müsse aber ergebnisneutral in der Neubewertungsreserve verbucht werden; wir könnten frühestens ab 2022 von diesem unverhofften Reichtum profitieren. Was ihn beeindruckt habe seien die mehr- heitlich tieferen Nettoaufwendungen in den durch die Gemeinde direkt beeinflussbaren Positionen, nämlich beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand. Auch beim Personal- aufwand wäre ohne die Rückstellungen für die Sanierung der Pensionskasse und für die Ferien- und Überzeitguthaben der budgetierte Wert erreicht worden. Diese hohe Budgetdisziplin basiere vor allem auf einer aufmerksamen Bewirtschaftung der Positi- onen durch die jeweiligen Verantwortlichen der Gemeinde, wofür er allen danke. Dem Rat danke er für die Genehmigung der Jahresrechnung.

Der Vorsitzende erklärt, da die Jahresrechnung zwingend durch das Parlament beraten werden müsse, werde die Eintretensfrage nicht gestellt. Er schlage folgendes Vor- gehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wort- meldungen. Für die Detailberatung werde er die Jahresrechnung in einzelne Abschnitte aufteilen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Fraktionserklärungen:

Patrick Rösli führt namens der forum-Fraktion aus, der Grosse Gemeinderat habe vom Gemeinderat eine aussagekräftige, übersichtlich gestaltete und kompakte Jahres- rechnung 2016 erhalten. Er schliesse sich dem Dank an, sowohl an die Finanzver- waltung, wie auch an alle Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung für die Ausgaben- disziplin. Der Gemeinderat habe dafür gesorgt, dass sich die Jahresrechnung innerhalb aller Vorgaben bewege und habe – wie von Thomas Hanke informiert worden sei – fast alle beeinflussbaren Kostenblöcke unter Budget halten können. In Bezug auf die Ver- wendung der ausserordentlichen Steuererträge sei transparent rapportiert worden und die Nettoinvestitionen würden auf einem erfreulichen Niveau liegen; er gebe das Lob in

diesem Sinn gerne an den Gemeinderat weiter. Somit werde die forum-Fraktion die Jahresrechnung 2016 gemäss Antrag des Gemeinderats genehmigen.

Beat Schmitter erklärt namens der FDP-Fraktion, die Jahresrechnung sei Geschichtsschreibung. An den vorliegenden Fakten könne jeweils kaum geschraubt werden. Die Aufgabe des Rats sei vielmehr, die richtigen Schlussfolgerungen für die kommenden Jahre zu ziehen, sprich für das nächste Budget. Die FDP habe die Jahresrechnung der Gemeinde Muri intensiv diskutiert. Die Fragen, die sich ergeben hätten – kleinere Sachen – seien alle perfekt und zur Zufriedenheit beantwortet worden. Erfreulicherweise schliesse die Rechnung massiv besser ab als budgetiert. Es sei schon gesagt worden: Dies sei trügerisch und vor allem nicht nachhaltig. Erbschaftssteuern – irgendein Glückspilz, der geerbt habe – seien vielleicht einmal pro Jahr möglich, aber dann plötzlich nicht mehr. Die Abgaben an den Kanton andererseits könne man auch nicht heftig beeinflussen, dies gehe nach Schema X. Umso erfreulicher sei, dass die von der Gemeinde beeinflussbaren Ausgaben sehr gut eingehalten worden seien und überall innerhalb des Budgets liegen würden. Diesbezüglich sei ein ganz grosser Dank an den Gemeinderat und an die Verwaltung auszusprechen. Die FDP könne der Rechnung ohne Probleme zustimmen und werde in diesem Sinn den Antrag des Gemeinderats genehmigen.

Rudolf Waber führt aus, die SP-Fraktion habe den guten finanziellen Jahresabschluss der Gemeinde zur Kenntnis genommen. Mit dem erstmaligen Rechnungsabschluss nach HRM2 hätten beim Personalaufwand Rückstellungen in der Höhe von CHF 2,3 Mio. gebildet werden müssen. Davon würden für die Sanierung der Pensionskasse resp. Ferien- und Überzeitguthaben CHF 1,93 Mio. entfallen. Ohne diese Rückstellungen hätte der Abschluss in diesem Fall noch um einiges besser ausgesehen. Wie aus der Rechnung hervorgehe, würden die Aufwandpositionen mehrheitlich dem Budget entsprechen oder seien leicht unterschritten. Dies zeige auf, dass die verantwortlichen Personen der Finanzabteilung einen guten Job gemacht hätten. Die in der Rechnung ausgewiesenen Mehreinnahmen würden hauptsächlich auf Steuerveranlagungen aus Vorjahren oder Erbschaftssteuern basieren. Diese Tatsache habe dazu beigetragen, dass die Jahresrechnung positiv und nicht negativ ausgefallen sei. Aufgrund höherer Steuereinnahmen habe der Finanz- und Lastenausgleich CHF 0,86 Mio. höher eingestellt werden müssen. Die SP-Fraktion stelle jedoch fest, dass diese Mehrerträge – obwohl positiv – eher als zufällig zu bewerten seien. Es sei der SP hier noch einmal ein Bedürfnis, auf eine mögliche höher zu budgetierende Ertragsgrösse hinzuweisen. Wir würden in Zukunft wohl weniger einer "Lotterie" unterliegen, obwohl die Grösse des Steuerertrags sehr schwer zu budgetieren sei. Die SP-Fraktion genehmige selbstverständlich die Jahresrechnung 2016.

Detailberatung

Kapitel 1, Berichterstattung, S. 3-9

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 2, Eckdaten, S. 10-13

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 3, Bilanz, S. 14

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 4, Funktionen, S. 15-22

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 5, Sachgruppen, S. 23

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 6, Geldflussrechnung, S. 24

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 7, Finanzkennzahlen, S. 25-26

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 9, Bestätigungsbericht, S. 28

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 11, Anhang, S. 30-49

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 12, Details zur Jahresrechnung

- Bilanz, S. 50-57

Keine Wortmeldungen.

- Erfolgsrechnung nach Funktionen, S. 58-90

Keine Wortmeldungen.

- Erfolgsrechnung nach Sachgruppen, S. 91-98

Keine Wortmeldungen.

- Investitionsrechnung nach Funktionen, S. 99-103

Keine Wortmeldungen.

- Investitionsrechnung nach Sachgruppen, S. 104-105

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Peter Kneubühler noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein)

Genehmigung der Jahresrechnung 2016 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 15'233.07 im Gesamthaushalt.

4 Verwaltungsbericht 2016 der Gemeinde Muri bei Bern

Peter Kneubühler führt namens der GPK Folgendes aus:

"Haben Sie gewusst,

- *dass im Jahr 2016 1'008 Personen nach Muri bei Bern gezogen und 947 Personen aus der Gemeinde weggezogen sind?*
- *oder dass im Jahr 2016 eine private Bautätigkeit im Umfang von CHF 75 Mio. vorgesehen war, aber letztlich nur eine in der Höhe von CHF 10 Mio. ausgeführt worden ist?*
- *oder dass vom 15. August bis 2. September 2016 die Stabskompanie 41, FDP Kryptologie, in der Zivilschutzanlage Moos einquartiert war?*

- oder dass sich die Kinderzahlen der Tagesschule im Schuljahr 2015/2016 gegenüber dem Vorjahr um 40 Kinder auf 374 Kinder erhöht haben?
- oder dass im Rahmen der Schulsozialarbeit im Schuljahr 2015/2016 355 Erstgespräche geführt worden sind?
- oder dass das Muribad in der Saison 2016 rund 101'500 Eintritte verzeichnet hat?
- oder dass im Jahr 2016 in 80 Kontrollen 52 kg Pilze untersucht worden sind, wovon 2 kg Giftpilze waren und davon wiederum wären 100 Gramm bei Verzehr tödlich gewesen?
- oder dass die Gemeinde eine Landwirtschaftsfläche von knapp 200 Hektaren und Waldparzellen im Umfang von rund 13 Hektaren aufweisen kann?"

Ja genau, diese Zahlen und Fakten und noch unzählige weitere interessante Informationen und Angaben über die Gemeinde Muri-Gümligen würden sich im vorliegenden Verwaltungsbericht finden lassen. Wie jedes Jahr sei der Bericht auch für das Jahr 2016 wieder mit viel Akribie und Detailtreue erarbeitet worden. Dafür danke die GPK im Namen aller im Gemeindeparlament vertretenen Fraktionen dem Gemeinderat und allen Personen, die an diesem unverzichtbaren und aussagekräftigen Werk mitgearbeitet und einen Beitrag geleistet hätten, ganz herzlich! Die GPK empfehle einstimmig, dem vom Gemeinderat beantragten Beschluss zu folgen.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, der Verwaltungsbericht sei auch ein Rechenschaftsbericht zuhanden des Parlaments, nebst der Möglichkeit, eine breite Öffentlichkeit – wenn sie sich dafür interessiere – über unser vielfältiges und vielseitiges Tun, wie es Peter Kneubühler soeben geschildert habe, zu informieren. Jede Abteilung der Gemeindeverwaltung trage ihren Beitrag zum umfangreichen Bericht bei, weshalb er etwas vielgefächert daherkomme; dies sei auch gewollt. Ausgewechselt gegenüber den Vorjahren habe man die komplizierte und nicht mehr aktuelle Liste über den Stellenplan auf den Seiten 29 und 30. Nebenbei sei erwähnt, dass 63,25 % der Angestellten weiblichen Geschlechts seien. Man wolle – als Kommunikationsziel – versuchen, auf das nächste Jahr hin die Aussagekraft aller Bereiche noch anzugleichen und zu steigern. Aber so oder so ..., auch er danke allen, die zu diesem umfangreichen Nachtlektüre-Werk beigetragen hätten.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, dann weitere Wortmeldungen und anschliessend kapitelweise Beratung.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Das Wort wird nicht verlangt für Fraktionserklärungen.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde, Seiten 6-8
Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat, Seiten 9-19
Keine Wortmeldungen.

Gemeinderat, Seiten 20-25
Keine Wortmeldungen.

Präsidialabteilung, Finanzen, Planung, Region, Seiten 26-33

Keine Wortmeldungen.

Bau, Seiten 34-37

Keine Wortmeldungen.

Sicherheit, Verkehr, Seiten 38-46

Daniel Bärtschi (FDP) erklärt, er habe den Personalbestand der Feuerwehr zu korrigieren, dort sei ein Fehler unterlaufen. Es seien insgesamt 74 Personen, aufgeteilt wie folgt:

- | | |
|-------------------|----|
| - Kommando | 2 |
| - Einsatzleiter | 12 |
| - Gruppenführer | 15 |
| - Mannschaft | 40 |
| - Jugendfeuerwehr | 5 |

Bildung, Seiten 47-50

Keine Wortmeldungen.

Jugend, Kultur, Sport, Seiten 51-58

Keine Wortmeldungen.

Gesundheit, Soziales, Seiten 59-65

Keine Wortmeldungen.

Umweltschutz, Seiten 66-71

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Peter Kneubühler als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Der Verwaltungsbericht 2016 der Gemeinde Muri bei Bern wird genehmigt.
2. Die zwei Postulate gemäss Kapitel 28.2 werden als erfüllt abgeschrieben.

5 Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern; Weiterführung der Sanierungsmassnahmen

Der Vorsitzende orientiert, zur Auskunftserteilung stehe wiederum Reto Rutschi, Finanzverwalter, zur Verfügung.

Raphael Racine führt aus, die GPK habe sich an ihrer Sitzung vom 10. Mai 2017 intensiv mit den formellen und rechtlichen Aspekten dieses Geschäfts auseinandergesetzt und möchte gerne folgende Punkte unterstreichen:

- Die Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern weise bereits seit dem Jahr 2008 eine Unterdeckung auf. Eine solche Unterdeckung sei gemäss BVG zwar zulässig, jedoch müsse die Vorsorgeeinrichtung Massnahmen ergreifen, um die Unterdeckung in einer angemessenen Frist zu beheben. Wir seien demnach von Gesetzes wegen verpflichtet, diese Sanierung vorzunehmen.
- Zudem sei im Prinzip vom Gesetz her vorgesehen, dass die Unterdeckung innerhalb von 10 Jahren zu beheben sei. Im Fall der Pensionskasse Muri wäre dies

bereits im nächsten Jahr der Fall, so dass eine schnelle Sanierung empfehlenswert sei. Andernfalls würden wir riskieren, dass die Aufsichtsbehörden Massnahmen ergreifen könnten.

- Die GPK finde es ebenfalls korrekt und konform mit den gesetzlichen Vorgaben, dass die Sanierungsmassnahmen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen würden. Der Beitrag des Arbeitgebers müsse dabei mindestens gleich hoch sein, wie derjenige des Arbeitnehmers. Dies sei vorliegend gewährleistet, indem der Arbeitgeber einen leicht höheren Sanierungsbeitrag zu leisten habe.
- Die GPK gehe zudem davon aus, dass die jetzt beschlossenen einschneidenden Massnahmen bei einer Verbesserung der Lage wieder gelockert würden.
- Bedenken seien aber auch in der GPK laut geworden, ob die Sanierung nicht ein Fass ohne Boden sein könnte und ob es eventuell besser wäre, wenn man einen Anschluss an eine andere Vorsorgeeinrichtung suchen würde.

Die GPK beantrage aber letzten Endes dem Grossen Gemeinderat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen: *"Für die Sanierungsmassnahmen der Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern (Stiftung) wird ab 1. Juli 2017 während 5 Jahren (bis 30. Juni 2022) ein Sanierungsbeitrag von 5,3 % der versicherten Lohnsumme bewilligt."*

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, trotz früher beschlossenen Sanierungsmassnahmen sei es unserer Pensionskasse noch nicht gelungen, den Deckungsgrad von 100 % zu erreichen. Die Gründe dafür habe der Stiftungsrat dem Gemeinderat und der Gemeinderat dem Parlament in seiner Botschaft dargelegt. Durch die Unterdeckung sei der Stiftungsrat gefordert, weitere Schritte zur Sanierung zu initiieren. Dabei habe der Stiftungsrat beachten müssen, dass er die Versicherten und die drei Arbeitgeber, nämlich Alenia, gbm sowie Einwohnergemeinde, immer gleichzeitig über das Vorgehen und die geplanten Massnahmen orientiere. Vorgegangen sei man gestützt auf ein Gutachten des Pensionskassen-Experten Peter Schiess, welcher die mutmasslich zu finanzierende Deckungslücke ermittelt und aufgezeigt habe. Der Stiftungsrat habe sich in der Folge gegen ein step by step-Vorgehen entschieden und beschlossen, die Massnahmen mutig in einem Zeitraum der nächsten 5 Jahre umzusetzen bzw. so zu beantragen. Die getroffene Lösung mit dem Wegfall der Verzinsung der Sparguthaben und der einschneidenden Senkung der Umwandlungssätze sei für die Arbeitnehmer sehr schmerzhaft und sie müssten massivste Einbussen bei den zu erwartenden Renten hinnehmen. So hätten beispielsweise die hier anwesenden Mitglieder der Gemeindeverwaltung – inkl. Gemeindepräsident – Rentenreduktionen um 37 % seit Primatwechsel und Sanierungsmassnahmen zu erwarten. Die Massnahmen würden also nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitnehmern weh tun.

Die Vermögensverwaltung arbeite solide; die Performance unserer Kasse habe in den letzten 3 Jahren immer über dem UBS- und dem CS-Index gelegen. Auch die Anlageinvestitionen würden von den Anlageberatern als sehr gut beurteilt. Im Moment – Stand letzten Freitag – liege die Performance bei 4,5 %, was leider nicht ausreichend sei, um das Delta zu einem gehörigen Deckungsgrad auszugleichen. Wie der Botschaft zu entnehmen sei, habe Herr Schiess einen Sanierungsbedarf von insgesamt CHF 5,8 Mio. ausgerechnet. Dies habe die Leitlinie für den Stiftungsrat für seine Beschlüsse und Anträge zu Lasten der Versicherten wie auch der drei Arbeitgeber gebildet. Das Alenia habe signalisiert, den Arbeitgeberbeitrag nicht auf einmal bezahlen zu können. Daher sei ein Massnahmenpaket über 5 Jahre geschnürt worden, das für die Arbeitnehmer eine zusätzliche Reduktion der Rente und für die Einwohnergemeinde den beantragten Sanierungsbeitrag von 5,3 % der versicherten Lohnsumme während 5 Jahren bedeute, laufend ab 1. Juli 2017, da der bisherige Sanierungsbeschluss Ende Juni 2017 auslaufe. Selbstredend sei klar, dass wenn vor Ablauf der 5 Jahre eine Volldeckung eintreten sollte, die beschlossenen Massnahmen paritätisch vorher sistiert würden. So oder so prüfe der Stiftungsrat permanent die Optimierung seiner Kasse.

Dies beinhalte auch die Frage, ob eine eigene Pensionskasse kurz-, mittel- oder langfristig gute Erfolgsaussichten habe oder ob ein Zusammengehen – wie immer dies auch aussehen möge – angezeigt sei. Auch im Namen aller Versicherten bitte er den Rat um Unterstützung und um Sprechung des Sanierungsbeitrags.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, dann weitere Wortmeldungen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Jennifer Herren führt namens der SVP-Fraktion aus, darüber, dass die Sanierung der Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri-Gümligen notwendig sei, seien sich sicher alle einig. Zudem sei die SVP der Meinung, dass die vorgesehenen Sanierungsmassnahmen ausgewogen seien, da sowohl Arbeitnehmer wie auch Arbeitgeber mithelfen würden, mit für beide spürbaren Folgen. Am spürbarsten seien diese Folgen natürlich für die einzelnen Mitarbeitenden, insbesondere für diejenigen, für welche die vorliegende Sanierung nicht die erste, sondern die zweite oder allenfalls sogar die dritte Runde bedeute. Die SVP möchte sich an dieser Stelle bei den Mitarbeitenden der Gemeinde bedanken, welche die Massnahmen mittragen würden und bereit seien, ihren Teil zur Sanierung der Pensionskasse beizutragen. In diesem Sinn spreche sich die SVP für die Bewilligung der Massnahmen zu Lasten der Einwohnergemeinde gemäss dem Vorschlag des Gemeinderats aus.

Matthias Gubler erklärt, die FDP-Fraktion habe an ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag die Weiterführung der Sanierungsmassnahmen der Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern besprochen. Alle wüssten, dass die Massnahmen beide Seiten, die Arbeitnehmer und auch die Arbeitgeber, stark fordern würden. Nach den allen bekannten Sanierungsmassnahmen von 2010 und 2014 sei festzustellen, dass die bisher getroffenen Massnahmen noch nicht ausreichend seien. Noch immer bestehe eine Unterdeckung des Deckungsgrades von 93,5 % per Ende 2016. Das Gesetz verlange, dass eine Unterdeckung möglichst rasch ausgeglichen werde, andernfalls würden Massnahmen der Aufsichtsbehörde des Kantons drohen. Bei diesem Antrag gehe es um die Kostenfolgen des Arbeitgebers. Der jährliche Sanierungsbetrag der Gemeinde betrage 5,3 % der versicherten Lohnsumme, nämlich CHF 385'000.00 pro Jahr, und dies während 5 Jahren. Diese Massnahmen seien leider unerlässlich. Nicht zu vergessen sei, weshalb es so weit gekommen sei. Das Beitragsprimat sei ja heute allgegenwärtig; früher habe es sich eben um eine sogenannte Leistungsprimatkasse mit entsprechend hohen Leistungen gehandelt. Alle heutigen Rentenbezüger mit sehr hohen Renten würden natürlich hohe Kosten auf das Stiftungsvermögen ausüben. Die Zinsen seien historisch tief und eine Pensionskasse dürfe und könne nicht einfach alles in Aktien anlegen. Deshalb müsse man die Kasse sanieren, damit der Deckungsgrad ansteige; dies würden die aktiven Arbeitnehmer bezahlen. Damit die Pensionskasse nicht in eine noch schwierigere Situation gerate und die Zukunft mit diesen Massnahmen besser abgesichert sei, stimme die FDP-Fraktion dem vorliegenden Antrag zu.

Raphael Racine führt namens der SP-Fraktion aus, es handle sich um eine unschöne Vorlage, über die es heute zu entscheiden gelte und er hätte sie am liebsten weit von sich weggestossen. Unschön sei sicher, dass die Vorlage die Steuerzahler CHF 2 Mio. kosten werde. Noch unschöner sei aber die Tatsache – wie schon von Thomas Hanke zu hören gewesen sei –, dass gewisse Versicherte Renteneinbussen von bis zu 40 % im Vergleich zum Leistungsprimat in Kauf zu nehmen hätten. Der Gemeindepräsident habe wenigstens einen guten Lohn; es gebe vielleicht auch Betroffene in der Verwaltung mit einem weniger guten Lohn. Dennoch stimme die SP-Fraktion – zähne-

knirschend – grundsätzlich der Vorlage zu. Die Lebenserwartung steige, die Ausichten auf fette Börsenrenditen seien mittelmässig, so dass die Unterdeckung der Pensionskasse sich nicht von alleine lösen werde. Schon vom Gesetz her seien wir deshalb verpflichtet, Massnahmen zur Sanierung zu ergreifen. Wie er schon in seinem GPK-Votum ausgeführt habe, dauere die Unterdeckung schon fast 10 Jahre an. Die jetzt zu beschliessenden Massnahmen sehe die SP-Fraktion allerdings als temporär an und sie gehe davon aus, dass die Massnahmen gelockert würden, sobald sich die Situation verbessere. Gewisse Bedenken habe die SP bezüglich Grösse der Stiftung; diese scheine sehr klein zu sein und es stelle sich die Frage, ob es nicht kosteneffizienter, sicherer und sinnvoller wäre, den Anschluss an eine andere Pensionskasse oder an eine Sammelstiftung zu suchen. Es handle sich deshalb fast um ein mündliches Postulat, es folge ja dann noch ein schriftliches. Die SP würde es begrüessen, wenn sich der Gemeinderat dafür einsetzen würde, dass sich der Stiftungsrat schon während der Sanierungsphase einen Anschluss an eine andere Pensionskasse oder an eine Sammelstiftung überlege.

Patrick Rösli erklärt, die forum-Fraktion werde dem Antrag zur Weiterführung der Sanierungsmassnahmen zustimmen. Das forum möchte aber den Gemeinderat im Gegenzug dazu verpflichten, sich beim Stiftungsrat für eine Weiterentwicklung der Pensionskasse zu engagieren. Um die Art der Weiterentwicklung zu konkretisieren, habe das forum den Kontakt zu den Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien gesucht, habe mit externen Pensionskassenexperten gesprochen, habe die Inforeveranstaltung vom 9. Mai 2017 besucht und habe auch Rücksprache mit dem Gemeinderat genommen. Aufgrund der erhaltenen Rückmeldungen habe das forum tatsächlich ein Postulat schriftlich formuliert. Er wolle den Kernauftrag an den Gemeinderat vorlesen, das Papier gehe dann zur Sichtung und Unterschrift in Zirkulation. Der Kernauftrag laute wie folgt: Der Gemeinderat setze sich dafür ein, dass der Stiftungsrat während der Sanierungsphase die Grundlagen für einen Anschluss an eine Sammelstiftung oder eine grössere Pensionskasse erarbeite. Das Ziel sei, das Risiko für künftige Sanierungen zu minimieren. Eine Überführung könnte – falls möglich und sinnvoll – auch vor Ablauf der Sanierungsdauer erfolgen.

Das Postulat sei nun im Umlauf und er bitte die Ratsmitglieder um wohlwollende Prüfung und allenfalls um eine Unterschrift. Er möchte den Vorstoss kurz begründen:

- Dem forum erscheine die Prüfung einer Überführung aus Sicht der Versicherten zwingend. Es sei mehrfach zu hören gewesen, dass die Sanierungsmassnahmen schmerzhaft seien. Damit wolle das forum würdigen, dass die Belegschaft dies auf sich nehme und Bereitschaft zeige, die Sanierung zu unterstützen. Denn nur eine sanierte Pensionskasse mit einem Deckungsgrad von 100 % oder mehr sei überhaupt anschlussfähig.
- Die Prüfung einer Überführung in eine andere Form sei aus Sicht der Gemeinde und der Steuerzahler angezeigt. Eine Sanierung bedeute ja immer, dass Rückstellungen getätigt werden müssten. Mit diesen Rückstellungen gehe Steuergeld buchhalterisch weg, welches eigentlich für andere Anliegen eingesetzt werden könnte.
- Das forum habe den Eindruck, dass viele Gemeinden mit einer eigenständigen Pensionskasse die kritische Grösse nicht erreichen würden. Nicht erreichen in Bezug auf die Anzahl der versicherten Personen, aber auch in Bezug auf das Kapital der versicherten Personen. Wenn die kritische Grösse nicht vorhanden sei, steige das Risiko für eine finanzielle Schieflage. Das forum habe das Gefühl, die Gemeinde Muri bei Bern gehöre mittel- bis langfristig eher zur Kategorie derjenigen, die für das Betreiben einer eigenen Pensionskasse zu klein seien.

Gestützt auf die dargelegten Überlegungen sei das forum der Meinung, dass sich der Gemeinderat im Stiftungsrat dafür einsetzen sollte, dass die Grundlagen für einen Anschluss an eine Sammelstiftung oder an eine grössere Pensionskasse erarbeitet

würden. Wichtig sei natürlich auch der Einbezug der Versicherten in die ganze Vorabklärung. Denn ein zukünftiger Anschlussentscheid müsse auch von den Versicherten getragen werden; sie müssten ihm zustimmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Raphael Racine als auch Thomas Hanke verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Für die Sanierungsmassnahmen der Pensionskasse der Einwohnergemeinde Muri bei Bern (Stiftung) wird ab 1. Juli 2017 während 5 Jahren (bis 30. Juni 2022) ein Sanierungsbeitrag von 5,3 % der versicherten Lohnsumme bewilligt.

6 **Sportanlage Füllerich, Sanierung der Aussenanlagen - Nachkredit Rasenspielfelder**

Jürg Stettler führt aus, auch dieses Geschäft habe die GPK intensiv geprüft und empfehle es einstimmig zur Annahme. Natürlich seien die Kosten zur Sprache gekommen und man habe sich gefragt, ob es nicht sinnvoller wäre, anstelle des Naturrasens einen zweiten Kunstrasen zu machen. Man sei eines Besseren belehrt worden: Ein solcher Kunstrasen sei extrem teuer – er koste dreimal mehr als ein Naturrasen –, die Lebensdauer sei halb so lang und entsorgen müsse man ihn im Gegensatz zum Naturrasen auch noch für CHF 300'000.00. Also, Kosten und Natur: Ökologisch gesehen mache es auch Sinn, wenn man zwei Naturrasen und einen Kunstrasen habe, damit ergebe sich eine Bilanz, die einigermassen in einem richtigen Verhältnis sei. Wer den umfangreichen und gut aufbereiteten Unterlagen nicht glaube, könne auch auf der Internetseite des BASPO schauen, was man dort zum Thema Naturrasen / Kunstrasen sage. Damit sei eigentlich klar, dass man dem gemeinderätlichen Antrag nur zustimmen könne.

Barbara Künzi erklärt als gemeinderätliche Sprecherin, der Rat habe am 28. Juni 2016 den Verpflichtungskredit von rund CHF 1 Mio. für die Sanierung Aussenanlagen Füllerich genehmigt. Schon damals sei ein Nachkredit für die Sanierung der Rasenspielfelder in Aussicht gestellt worden, da im Zeitpunkt des Sommers 2016 noch nicht alle Fakten vorgelegen hätten, um die Kosten dafür beziffern zu können. Heute seien die Kosten bekannt, es handle sich um CHF 950'000.00, und sie seien in der Botschaft umschrieben. Sie wolle hier nun trotzdem noch auf ein paar Punkte eingehen. Es handle sich vorliegend nicht um einen Kostenvoranschlag, sondern um eine Kostenschätzung mit +/- 15 %. Zusätzlich sei ein Aufschlag von 15 % eingebaut worden. Weshalb? Das Entwässerungssystem – die Drainagerohre – habe nicht vollständig untersucht werden können; man sei teilweise mit der Kamera nicht durchgekommen, da die Rohre gebogen oder gebrochen gewesen seien. Derartige Sanierungen könnten nur unter Bau beurteilt werden; wenn der Boden offen sei und man die Leitungen sehe, könne man entscheiden, ob man sie ersetzen müsse oder ob man sie flicken könne. Es sei dasselbe wie bei den Kanalisationssanierungen. Sie habe dies nun gerade selber erlebt, 1/3 der Leitungen könnten nicht mehr gefilmt werden. Eine weitere Unsicherheit stelle die Beregnungsanlage dar. Sie sei alt und technisch überholt, aber sie funktioniere noch, wie Herr Dällenbach bestätigt habe. Wenn aber die Sickerleitungen angepasst würden – diese müssten angehoben werden, da sie hinuntergerutscht seien –, müssten auch die Regner angepasst werden und dies müsse schlussendlich ein dichtes System sein. Auch hier werde sich erst beim Bau erweisen, ob die Regneranlage ersetzt werden müsse oder nicht. Der Rat müsse ihr etwas Vertrauen schenken; die Beurteilung werde durch Sebastian Mävers, die ad hoc-Kommission und den Fachmann erfolgen. Sie könne aber versprechen – es sei vorhin von Budget-

disziplin gesprochen worden –, dass bei derartigen Verpflichtungskrediten die nötige Disziplin vorhanden sei. Der Rat hätte aber sicher auch nicht Freude, wenn man die Anlage notdürftig flicken würde und in ein paar Jahren müsste man wieder "Lochen" und eine neue einbauen. Ein weiterer Punkt, auf den sie eingehen wolle, sei die Tatsache, dass im Kredit die Pflege des Rasens für die ersten zwei Jahre inbegriffen sei. Dies sei nicht ungewöhnlich, es handle sich um einen neuen Rasen, der durch Fachleute gepflegt werden müsse. Der gewöhnliche Unterhalt werde erst nach drei Jahren einsetzen.

Im Vorfeld zur heutigen Sitzung habe sie das Mail der SP mit dem Anliegen eines Kunstrasens natürlich ebenfalls erhalten. Sie wolle vorab dazu sagen, dass in der ad hoc-Baukommission, welche für die Aussenanlagen Füllerich zuständig sei, die Sportkommission durch Ruth Raaflaub und Andreas Friderich vertreten sei. Das Thema sei in der ad hoc-Baukommission, aber auch in der Sportkommission, diskutiert worden. Beide hätten das Anliegen abgelehnt, und zwar aus folgenden Gründen: Gemäss einer umfangreichen Studie des BASPO, aber auch wie von Müller Wildbolz Partner GmbH ausgeführt werde, koste ein Kunstrasen zwischen CHF 1,25 und 1,5 Mio. Er habe eine Lebensdauer von 10-15 Jahren, die Hersteller würden von 10 Jahren sprechen. Wenn man davon ausgehe – es handle sich hier um Berechnungen der BASPO-Studie –, dass man den Kunstrasen 45 Jahre benötige und er voll ausgelastet sei, so koste er alle 15 Jahre, also zwei Mal in den 45 Jahren, CHF 120'000.00 an Entsorgung und rund CHF 400'000.00 an neuem Gummirasen, total Bau- und Entsorgungskosten somit rund CHF 2,3 Mio. Ein Naturrasen habe eine Lebensdauer von 20-30 Jahren. Werde er wie der Kunstrasen 45 Jahre voll ausgelastet – also jede freie Minute bespielt –, so würden keine Entsorgungskosten, aber Neuerungs- oder Austauschkosten von zwei Mal CHF 45'000.00 anfallen. Dies ergebe Bau- (CHF 450'000.00) sowie Neuerungskosten von insgesamt rund CHF 550'000.00 in 45 Jahren. Es sei auch gesagt worden, der Naturrasen sei im Betrieb und Unterhalt teurer. Dies sei nicht zutreffend. Der Naturrasen koste an Betrieb und Unterhalt bei voller Auslastung rund CHF 100'000.00, der Kunstrasen rund CHF 116'000.00. Für den Kunstrasen würden andere Maschinen benötigt, welche man zuerst einmal anschaffen und dann auch ersetzen müsste, wenn sie kaputt seien. Wie erwähnt habe die Studie des BASPO den Kosten- / Nutzenvergleich Naturrasen / Kunstrasen vorgenommen. Die Studie empfehle ein Verhältnis 4:1, also 4 Naturrasen und 1 Kunstrasen. Wir hätten im Füllerich 2:1, also 2 Naturrasen und 1 Kunstrasen; mit einem weiteren Kunstrasen wäre dies unverhältnismässig. Im Antrag der SP werde auf die Internetseite von einem Büro Hoppe in Deutschland verwiesen. Sie habe die Seite natürlich angeschaut. Gemeinsam sei der Studie des BASPO und den Ausführungen des Büros Hoppe, dass beide sagen würden, der Kunstrasenplatz rentiere nur, wenn er voll ausgelastet sei. In der ad hoc-Baukommission sei natürlich die essentielle Frage, ob die Plätze voll ausgelastet seien, auch geprüft worden. Sie seien es nicht. Die Kapazitätsgrenze bei einem Naturrasen betrage 900 Stunden pro Jahr. Der Rasen 1 werde ca. 600 Stunden besetzt und der Rasen 2 ca. 750 Stunden, sie würden also wesentlich unter der Kapazitätsgrenze liegen. Bereits aus diesen Gründen rechtfertige sich die Investition in einen Kunstrasen nicht.

Zusätzlich gebe es aber noch weiche Faktoren. Sie erinnere daran, dass auch die Schulen die Plätze im Füllerich benützen würden. Ein Kunstrasenplatz wäre nur beschränkt für den Turnunterricht benutzbar. Sie könne sich nicht vorstellen, dass man auf einem Kunstrasenplatz beispielsweise Speerwerfen üben könne. Sie sei der Meinung, wir könnten in einen Engpass geraten, wenn wir nur noch einen Naturrasen hätten. Ein weiteres Argument sei der Spielkomfort. Sie habe sich etwas umgehört und bei den Fussballern sei der Kunstrasen weniger beliebt, da der Naturrasen schlichtweg gelenkschonender sei; der Arzt in ihrer Fraktion habe dies übrigens bestätigt. Schliesslich folge ein ökologisches Argument: Ein Kunstrasen sei zwar grün, darunter befände sich aber Asphalt und darüber Plastik. Letzteres wolle man eigentlich im Alltag vermeiden; sie erinnere an die "Plastiksäckli" von Migros und Coop. Sie komme nochmals

auf das Büro Hoppe zurück, dessen Auffassung, dass es einer Einzelfallprüfung bedürfe, sie teile. Bei uns würden die Fakten gegen einen Kunstrasen überwiegen. Wir müssten alle Aspekte betrachten; den Nutzen, die Kosten, den Ressourcenverbrauch und das Recycling.

Sie habe also bereits ausgeführt, dass man bei uns in Abwägung aller Faktoren keinen Kunstrasen beantragt habe und dass man auch keinen wolle. Sie wolle noch etwas zur Planung sagen: Sie komme mit diesem Kredit nicht grundlos jetzt. Man habe das Vorhaben auch in einer zeitlichen Abfolge mit dem Umbau der Aussenanlagen im Moos geplant. Man wolle ja, dass trotz Umbau der Anlagen Moos noch Plätze zur Verfügung stehen würden. Würde das Geschäft jetzt zurückgewiesen mit dem Antrag, man müsste einen Kunstrasen oder was auch immer machen, würden vermutlich während eines Jahres keine beispielbaren Plätze zur Verfügung stehen, da alles gleichzeitig passiere. Sie habe vorher Zahlen genannt und möchte nun doch noch darauf hinweisen, dass im Investitionsplan 2018 CHF 300'000.00 für die Erneuerung des Kunstrasenplatzes eingestellt seien. Dieser Kunstrasen sei noch homologiert bis 2018, dann müsse er neu gemacht werden. Er sei kleiner als die üblichen grossen Mannschaftsplätze, deshalb werde der von ihr zuvor genannte Betrag von CHF 400'000.00 nicht ganz erreicht; dies habe allein mit der Platzgrösse zu tun. Sie bitte den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Der Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, dann weitere Wortmeldungen.

Gegen das Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

Rudolf Waber führt namens der SP-Fraktion aus, das Sportzentrum Füllerich sei 1987 entstanden und wir seien sehr stolz darauf gewesen. Sogar der Schweizerische Fussballverband habe die tolle Infrastruktur genutzt, die Nati-Stars hätten früher jeweils vor ihren Heimspielen im Wankdorf gerne auf dem Sportplatz Füllerich trainiert. Selbstverständlich würden auch die einheimischen Vereine sehr gerne auf der Anlage Sport treiben und sie seien auch der Meinung, dass eine Sanierung nötig sei. Die zwei Rasenspielfelder seien in der Zwischenzeit in die Jahre gekommen, weshalb der vorliegende Nachkredit entstanden sei. Eine fortschreitende Alterung könne dadurch zum Teil gestoppt werden. Die SP-Fraktion begrüsse eine entsprechende Sanierung, in erster Linie für das Naturrasenspielfeld 1. Die SP hätte es aber gerne gesehen, wenn auf dem Spielfeld 2 ein Kunstrasen installiert worden wäre. Ein Kunstrasen sei ganzjährig intensiv nutzbar. Die partizipierenden Vereine würden heute schon zu Benutzungsempässen gelangen. Grund dafür seien fehlende Ersatzmöglichkeiten. Er wolle an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, dass der seit einigen Jahren aufgelöste Trainingsplatz am Turbenweg heute noch nicht ersetzt sei. Mit einem Kunstrasen wäre eben eine höhere Nutzungsdauer möglich und die Engpässe könnten behoben werden. Ein Kunstrasen – ihm würden allerdings etwas andere Zahlen als die gehörten vorliegen – löse weniger Unterhaltskosten aus, als ein Naturrasen. Die SP-Fraktion nehme anerkennend zur Kenntnis, dass im Investitionsplan für nächstes Jahr CHF 300'000.00 für den Ersatz des Belags des bestehenden Kunstrasenplatzes eingestellt seien.

Die SP-Fraktion hätte dazu noch Fragen: Weshalb in den Unterlagen des Gartenarchitekten der Kunstrasen immer wieder erwähnt werde? Ob man dies nicht hätte miteinbeziehen und als Alternative aufzeigen können? Ob das Projekt jetzt noch entsprechend korrigiert werden könnte, oder ob dies nur durch Rückweisung des Geschäfts möglich sei? Bis wann das Parlament einen allenfalls überarbeiteten Nachkreditantrag hier diskutieren könnte?

Barbara Künzi erklärt, es handle sich um ein einheitliches Geschäft, welches nicht teilbare Kosten enthalte. Bei einer Rückweisung werde vielleicht in ein paar Monaten ein neuer Antrag vorgelegt, aber ein Beginn der Arbeiten in diesem Jahr wäre nicht möglich.

Raphael Weibel führt aus, die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats betreffend die Sanierung der Aussenanlagen des Sportzentrums Füllerich. Mit Freude dürfe festgestellt werden, dass

- der Grosse Gemeinderat Ende Juni 2016 einen Kredit gesprochen habe
 - die Massnahmen bis heute praktisch alle umgesetzt worden seien
 - darüber hinaus die marode Steuerung der Flutlichtanlage ersetzt worden sei.
- "Lifere statt Lafere", dies freue die Benutzer der Anlagen, ebenso die Gemeindebürger und sicher auch die Politiker. Wie Ende Juni 2016 in Aussicht gestellt worden sei, brauche es nun nur noch die Sanierung der Rasenspielfelder und dann sei man wirklich fertig, mit Ausnahme der noch ausstehenden Erneuerung der Sportplatzbeläge. Es habe ihm beim Lesen des Fachberichts etwas "gheimelet". Nicht dass er Fachplaner wäre, aber er habe seit 20 Jahren mit Rasenpflege zu tun. Bei ihnen seien die Bälle etwas kleiner, dafür umfasse die zu pflegende Fläche etwa 100 Fussballspielfelder. Die FDP-Fraktion habe den Eindruck, es liege eine saubere Zustands-Analyse vor und es sei ein nachvollziehbares, kostenmässig klar definiertes Sanierungskonzept unterbreitet worden. Es sei ebenfalls eine Freude festzustellen, dass sich dank Pflege und Unterhalt in den vergangenen Jahren die Rasenspielfelder heute in einem recht guten Zustand befinden würden. Dies halte der Bericht auch so fest. "Verjüngen" statt "Umestäche"; dies sei eigentlich das richtige Vorgehen. Es bedeute, dass gut Funktionierendes erhalten, Angejhrtes aufgefrischt und nur das wenige Marode ersetzt werde. Der Fokus liege dabei auf dem Notwendigen, blosser Wunschbedarf oder Luxuslösungen hätten in der Gemeinde keinen Platz. Der Umstand, dass der Betrag für Unvorhergesehenes ungewöhnlich hoch sei – wie Barbara Künzi schon erwähnt habe –, sei richtig, da man vieles erst unter Bau erkenne. Deshalb sei die grosszügig bemessene Reserve auch gut. Mit der vorgesehenen Sanierung könnten die Rasenspielfelder für die nächsten 20 Jahre fit gemacht werden; dies sei ökonomisch und ökologisch sinnvoll.

Zum Änderungsantrag der SP betreffend Umbau des Spielfelds 2 in ein Kunstrasenspielfeld: Im Wissen, dass man sich als Politiker mit einem Fussballclub nicht anlegen sollte, mache er es nun trotzdem. Ein "Plastikplatz" habe nicht Platz. Dies aus drei Gründen:

- Bedarf: Es sei klar ausgeführt worden, dass ein Rasenspielfeld in unseren Breitengraden, bei unseren klimatischen Verhältnissen, bei unseren Jahreszeiten eine Kapazität von 900 Stunden habe. Mit den heutigen 600 Stunden erreiche man 2/3 der Kapazität und mit den 750 Stunden erreiche man sie auch noch nicht. Dauernde Engpässe seien also nicht vorliegend und ein echter Bedarf nicht erstellt.
- Der Kunstrasen sei immer eine Kostenfalle. Man habe das Gefühl, er wachse ja nicht, man müsse nicht düngen und auch sonst nicht viel machen. Dies sei eben nicht zutreffend. Wie richtig ausgeführt worden sei, sei der Kunstrasen im Bau recht viel teurer und im Unterhalt in weiten Teilen mindestens so teuer wie ein Naturrasen. Im Bericht werde ein Richtpreis von CHF 1,2 bis 1,5 Mio. genannt. Richtpreise seien noch ungenauer als Kostenschätzungen, man spreche dort von +/- 25 %. Man rede also hier, wenn man ein Naturrasenspielfeld mit einem Kunstrasenspielfeld ersetzen möchte, von einer Investition von mindestens dem Doppelten. Wenn man die Sanierung als Grundlage nehme – da man etwas saniere, das sich in einem recht guten Zustand befinde –, so habe man das Vier- bis Fünffache des nötigen Betrages.
- Natur statt Plastik: Wenn man ein Naturrasenfeld ersetze, falle kein Abfall an. Bei einem Kunstrasenfeld würden 11 Tonnen Kunststoffasern und 80 Tonnen Gummi

– zusammengezählt also 91 Tonnen synthetisches Material – eingebracht und müssten später auch wieder entsorgt werden. Rasen sei bekanntlich auch eine der grössten Sauerstoffquellen – eine Hektare Rasen produziere mehr Sauerstoff als eine Hektare Wald – und ein wichtiger CO₂-Binder im Boden.

Zum Schluss bitte er noch, ihm eine Bemerkung zu gestatten: In unserer Gemeinde seien wir es gewohnt, dass die interessierten Kreise ihre politischen Anliegen frühzeitig in die Diskussion einbringen würden. Es sei schade, dass man erst jetzt, wo der Zug schon lange am Fahren sei und mit der Sanierung schon fast in den Endbahnhof einbiege, noch komme und sage, man würde gerne vom heutigen Konzept abweichen. Dies wäre besser bei der ad hoc-Baukommission oder der Sportkommission eingebracht worden, so dass von Anfang an andere Varianten hätten geprüft werden können. Aus diesem Grund: Lieber "Lifere" statt "Lafere" und lieber heute entscheiden, dass jetzt die Sanierung vorgenommen werde. Deshalb lehne die FDP-Fraktion den Abänderungsantrag ab und folge dem Antrag des Gemeinderats.

Rudolf Waber (SP) erklärt, er möchte hier erwähnen, dass die SP-Fraktion keinen Abänderungsantrag gestellt habe. Oder ob Raphael Weibel etwas davon gehört habe?

Raphael Weibel (FDP) führt aus, er habe die Wünsche von Rudolf Waber nach einem Kunstrasenspielfeld in diesem Fall fälschlicherweise so interpretiert.

Rudolf Waber (SP) erklärt, es seien nicht seine Wünsche, sondern diejenigen der Fraktion. Er wolle zudem noch auf etwas hinweisen: Es handle sich nicht nur um den FC Muri-Gümligen – er habe von den partizipierenden Vereinen gesprochen –, sondern auch um den FC Ostbärn, den FC Credit Suisse und den FC Stella Azzurra. Es seien also mehrere Vereine, welche die Anlage nutzen würden.

Carole Klopstein führt aus, die Grüne-Fraktion sei grundsätzlich absolut mit dem vorliegenden Geschäft einverstanden, der Nachkredit sei schon lange angekündigt worden und ihr würden die Gründe auch sehr plausibel erscheinen. Die Grüne-Fraktion unterstütze das Geschäft natürlich auch, weil man auf diese Weise das Dorf beleben könne, indem Grünflächen zur Verfügung gestellt würden. Betreffend Kunstrasen spreche sich die Grüne-Fraktion aus den erwähnten Gründen doch eher für zwei normale Naturrasenfelder aus. Die Produktion und die Entsorgung der Kunstrasen könnten doch eine massive Umweltbelastung darstellen. Ausserdem hätten sie das Gefühl – auch wenn sie keine Expertinnen oder Spezialistinnen seien –, dass die Spielfelder auch ausserhalb der üblichen Spielzeiten mehr genutzt würden, wenn es sich um einen Naturrasen und nicht um einen Kunstrasen handle.

Beat Schneider (SP) erklärt, er habe nun die Diskussion verfolgt und finde die Voten von Barbara Künzi sehr beeindruckend. Genau das habe ihm in den Unterlagen gefehlt, nämlich die Abwägung, weshalb man lieber ein Naturrasen- als ein Kunstrasenspielfeld mache. In den Unterlagen heisse es einfach, ein Kunstrasen komme gar nicht in Frage; die Gründe *weshalb* hätten ihm etwas gefehlt. Aufgrund der gemachten Äusserungen werde er nun dem Nachkredit mit gutem Gefühl zustimmen. Man habe dies abgewogen und es sei ein fachlich und sachlich korrekter Antrag vorgelegt worden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Jürg Stettler als auch Barbara Künzi verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (35 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Für die Sanierung der Aussenanlagen des Sportzentrums Füllerich wird ein Nachkredit von CHF 905'000.00 inkl. MWST zum Kredit Nr. 3412.5030.01 „Füllerich; Sanierung Aussenanlagen“ bewilligt.

Der Vorsitzende erklärt, er sei persönlich erleichtert, dass das Geschäft angenommen worden sei. Eine Abänderung wäre keine leichte Geschichte gewesen; sie hätte zu einer Rückweisung geführt und wir wären weit zurück in der Vergangenheit gelandet. Es wäre kostbare Zeit zu Lasten der Benutzerinnen und Benutzer verloren gegangen.

**7 Postulat Regionalkommission Muri BE
Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen;
Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er habe zwei kurze Bemerkungen anzubringen:

- Der Initial-Anlass finde am 16. August 2017 statt.
- Er werde dafür sorgen, dass der Erstunterzeichnende nicht mehr in seiner Funktion als Parlamentarier, sondern als impulsgebendes Exekutivmitglied seine Inputs für das Projekt einfließen lassen könne.

Christian Spycher (SVP) führt aus, die Regionalkommission danke dem Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme und auch, dass sich Leute der Gemeinden der Kernregion mit Parlamenten – Bern, Köniz, Ostermundigen, Zollikofen und Muri – damit auseinandergesetzt hätten. Er fordere die Ratsmitglieder namens der Regionalkommission auf, am Initial-Anlass vom 16. August 2017, 15.00 Uhr, teilzunehmen; die Anmeldung müsse bis am 29. Juni 2017 erfolgen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Regionalkommission Muri BE: Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen wird Kenntnis genommen.

8 Jugendmotion betr. Errichtung eines Downhill-Parks

Die Behandlung dieses Geschäfts hat im Anschluss an das Traktandum 1 stattgefunden.

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Beat Wegmüller führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er werde den anwesenden Jugendlichen – David Sardi und Dario Grindat – ein paar Fragen stellen, da er das Gefühl habe, dies sei sinnvoller, als wenn sie hier vor Publikum auftreten und die Motion begründen müssten. Damit lerne der Rat die Jugendlichen und ihre Motivation auch kennen.

David Sardi sei der Erstunterzeichner der Jugendmotion. Er fahre viel Velo, hie und da auch im Wald, und deshalb sei er motiviert für diesen Vorstoss gewesen.

Interview von Beat Wegmüller mit David Sardi und Dario Grindat:

Fragen von Beat Wegmüller:

- *David, wo gehst Du zur Schule?*

David: Im Seidenberg

- *Und Du, Dario?*

Dario: Auch im Seidenberg

- *In welche Klasse?*

David: In die 7. Klasse

Dario: In die 6. Klasse

- *Wie seid ihr auf die Idee dieser Jugendmotion gekommen?*

David: Durch die Jugendarbeit. Wir haben das Thema Jugendmotion besprochen und da hatte ich die Idee für einen Downhill-Park.

Dario: Ich war damals nicht dabei, aber David hat mich gefragt, ob ich mithelfen würde.

- *War es für euch schwierig, die 40 Unterschriften für die Jugendmotion zusammen zu bringen; konntet ihr die anderen Mädchen und Knaben überzeugen?*

David: Wir hatten zwei Tage.

- *Hat es auch solche gegeben, die skeptisch waren? Fahren diejenigen, welche die Jugendmotion unterschrieben haben, auch alle Velo?*

Dario: Fast alle.

- *Ich nehme an, ihr seid auch schon auf solchen Strecken hinuntergefahren. Wo bist du schon gewesen David?*

David: Ich gehe oft auf den Gurten, vor allem in letzter Zeit, oder nach Plaffeien.

- *In Bolligen warst du noch nie?*

David: Nein.

- *Und du Dario, wo warst Du schon?*

Dario: Ich war zweimal auf dem Gurten.

- *Ihr habt ja auch Pläne gemacht; was möchtet ihr für Hindernisse? Was stellt ihr euch diesbezüglich vor?*

David: Ich hätte vor allem gerne Drops. Dies sind Sprünge, die über einen Weg führen. Oder Wallride.

Dario: Wallride sind so Hölzer, da kann man fast senkrecht drauffahren und am Schluss macht man einem Sprung hinunter.

- *Seid ihr auch bereit, wenn es in Gümligen eine solche Strecke geben würde, selber Hand anzulegen und daran zu bauen?*

David: Ich wäre sicher bereit.

Dario: Ich wäre ebenfalls bereit.

Beat Wegmüller bedankt sich für das Gespräch.

Roland Lütolf führt als Fraktionssprecher der FDP aus, er gratuliere David und Dario ganz herzlich zur Einreichung dieser rechtsgültigen Jugendmotion. Es sei seit Jahren die erste Jugendmotion, die eingegangen sei und sie unterstreiche das Anliegen und das Engagement der Jugendlichen für die Sache. Es werde wohl leider etwas schwierig sein, ein geeignetes Grundstück in der Gemeinde zu finden. Die Gemeinde

verfüge vermutlich nicht über ein derartiges Gelände. Deshalb rate er David und Dario, nicht nur die politische Unterstützung zu suchen, sondern auch Grundstückbesitzer direkt anzufragen. Die FDP unterstütze die Bemühungen und bitte den Grossen Gemeinderat, die Jugendmotion als Postulat zu überweisen. Als Arzt sei er über die Motion hochofreut und unterstütze die sportlichen Ambitionen an der frischen Luft. Dies sei bekanntlich x-mal besser, als stundenlang vor der Spielkonsole zu Hause zu sitzen. Man müsse aber solche Abenteuersportarten gut geschützt ausüben, um Stürze und Verletzungen zu vermeiden. Diesbezüglich habe er aber bei David und Dario keine Angst, würden sie doch ein grosses Verantwortungsbewusstsein zeigen; dies hätten sie mit dieser Jugendmotion eindrücklich bewiesen. Sie würden nicht wild durch den Wald fahren, wie es zu seiner Zeit üblich gewesen sei; hier Anwesende natürlich ausgeschlossen. Deshalb bitte er auch aus ärztlicher Sicht, diese Jugendmotion als Postulat zu überweisen.

Raphael Racine (SP) erklärt, er habe keine Fraktionserklärung anzubringen, sondern möchte persönlich spontan etwas sagen. Er finde es sehr gut, dass David und Dario diese Jugendmotion zustande gebracht hätten. Die Sache habe einfach einen Haken: Die Jugendlichen müssten sehr viel Geduld mit den Politikerinnen und Politikern haben. Diese seien sehr langsam in ihren zu fällenden Entscheidungen. Wenn der Rat heute zu diesem Postulat ja sage, wovon er wirklich ausgehe, sollten die Jugendlichen nicht enttäuscht sein, wenn nicht morgen schon im Wald die Bagger auffahren würden. Aber man werde sicher dafür besorgt sein – und er spreche nun vermutlich für das ganze Parlament –, dass die Downhill-Bahn so rasch wie möglich und unbürokratisch realisiert werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Jugendpostulat betr. Errichtung eines Downhill-Parks wird überwiesen.

9 **Motion SP / Grüne; "Fair Trade Town" Muri-Gümligen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, wie der Botschaft zu entnehmen sei, würde der Gemeinderat gerne die Motion als Postulat entgegennehmen, um prüfen zu können, was eine Anmeldung beim "Fair Trade Town"-Label bedeute. Er denke konkret daran, Katharina Stämpfli, welche dies für die Stadt Bern gemacht habe und ein Jahr lang zu 50 % für das Projekt abdetachiert worden sei, beizuziehen. Sie wohne in der Gemeinde und könne sicher dazu befragt werden, was es bedeute, welche Konsequenzen es habe, wo der Input, wo der Output der Gemeinde sei, etc. Er würde daher den Vorstoss gerne als Postulat entgegennehmen, da er den Sinn und den Zweck in diesem Umfang noch nicht sehe.

Eva Schmid (SP) führt aus, sie könne vorab informieren, dass sie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden sei. Sie spreche für die Motionärinnen und Motionäre bzw. Postulantinnen und Postulanten, aber auch für die SP-Fraktion. Die Bedenken des Gemeinderats betreffend die personellen Ressourcen, wenn sich Muri-Gümligen als Fair Trade Town anmelden würde, könne sie verstehen. Die Vorteile von Fair Trade Town bzw. von entsprechenden Bemühungen würden aber auf der Hand liegen. Wenn wir als Gemeinwesen unsere Bürgerinnen und Bürger sensibilisieren würden, bewusst zu konsumieren und auf Fair-Trade-Produkte zu setzen, würden wir mithelfen, der Ausbeutung in 3.-Weltländern entgegenzuwirken. Zugegeben, mit Fair Trade würden wir nicht die Welt retten. Auch rund um Fair Trade gebe es Verbesserungspotenzial,

aber es sei ein Anfang. Die Sensibilisierung könne Anstoss für bewusstes Konsumieren sein, was die vom Gemeinderat angesprochene Eigenverantwortung keineswegs schmälere. Dass der Gemeinderat bereit sei, als "mögliche erste Schritte" die Schulen, die Kitas und das Alterszentrum Alenia zu sensibilisieren, damit diese Fair-Trade-Produkte verwenden würden, begrüsse sie sehr. Was die vom Gemeinderat angesprochene Messbarkeit anbelange, so könne sie auf das Pionier-Fair-Trade-Town Glarus-Nord verweisen, wo das lokale Gewerbe zu Innovationen animiert und gestärkt worden sei. Dort sei es übrigens ein FDP-Gemeindepräsident, der dieses Ansinnen pushe. Es sei also nicht unbedingt eine parteipolitische Frage, ob man dies gut finde oder nicht.

Im Faktenblatt Detailhandel des Wirtschaftsraums Bern, basierend auf der neuesten CS-Studie "Retail Outlook", würden für den Detailhandel, der in der Krise stecke, verschiedene Lösungsansätze genannt. Unter anderem, dass die Nachfrage steige, wenn man sich an Werten orientiere, indem man auf Bio, Fair-Trade und lokale Produktion setze. Nebst diesen wirtschaftlich interessanten Aspekten gebe es natürlich eine gesellschaftspolitische Seite: Es stehe einem Gemeinwesen gut an – vielleicht sogar im Rahmen einer Corporate social responsibility – eine Vorbildfunktion einzunehmen. Man könne auch sagen: "Tue Gutes und rede darüber". Es würde noch viel zu sagen geben über Fair Trade. Sie komme aber mit Blick auf die befrachtete Traktandenliste zum Schluss. Das Postulat könne eine Möglichkeit sein, dass die Gemeinde überall dort, wo sie als Beschafferin Einfluss habe, sich nachhaltig entscheide. Damit stelle sie unter Beweis, dass Fair Trade nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern ein wirkliches Bekenntnis sei. Sie danke dem Rat, wenn er das Postulat unterstütze.

Daniel Arn führt aus, die FDP-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats auf Umwandlung in ein Postulat. Gemäss Homepage von Swiss Fair Trade sei Fair Trade Town eine Auszeichnung von Städten und Gemeinden, die sich für fairen Handel engagieren würden. Weiter sei aber auch auf der Homepage ersichtlich, dass sich bis jetzt grundsätzlich quasi nur Shops, Gastrobetriebe, Hotels, Institutionen und Unternehmungen dazu bekennen würden und sich angemeldet hätten. Sogar in Muri gebe es ein Beispiel: Das Personalrestaurant der Haco, das sich aber wiederum nur mit ganz bestimmten Produkten dort angemeldet habe. Das Bild decke die Meinung der FDP, dass sich zuerst Gastrobetriebe, Shops, Institutionen und Unternehmungen dazu bekennen müssten, ansonsten sei dies gar nicht machbar. Sie müssten sich zudem selber dazu bekennen, dies dürfe nicht aufoktroiert werden. Es müsse aber auch zu ihrer Strategie passen und sie müssten bereit sein, die Konsequenzen zu tragen, denn an gewissen Orten würde dies auch selektieren und gewisse könnten sich dies nicht leisten. Es könne also nicht befohlen werden. Die Gemeinde könne aber Einfluss nehmen, beispielsweise bei den gemeindenahen Betrieben. Dort könne sie es nicht befehlen, aber eben Einfluss nehmen. Auch dort sei der vom Gemeinderat vorgeschlagene Weg der richtige. Sensibilisieren und motivieren sei der richtige Ansatz, besser als ein riesiges Reglement zu machen, bei welchem man vielleicht nicht einmal mithalten könne und welches am Schluss vielleicht nicht einmal handhabbar sei. Es gehe ja nicht darum, dass die Gemeinde Muri eine Tafel am Gemeindehaus aufhängen könne, dass sie wieder einmal ein Label erlangt habe, sondern das Motivieren der Betriebe sei viel wichtiger. Deshalb stehe die FDP zu 100 % hinter dem Antrag des Gemeinderats, unterstütze aber auch die ganze Swiss Fair Trade-Geschichte.

Raphael Racine (SP) erklärt, es lohne sich, anschliessend zum Apéro zu kommen; er sei gerade im Fair Trade-Lädli gewesen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat SP / Grüne; "Fair Trade Town" Muri-Gümligen wird überwiesen.

10 Interpellation Kohler-Köhle (SP) gefährdete Poststellen in Muri und Gümligen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Thomas Hanke führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, heute Morgen sei – nach Vorankündigung anlässlich des Regionstages vom vergangenen Freitag – Post seitens der Post bezüglich des künftigen Postnetzes eingegangen. Er zitiere: *"In Muri bei Bern gestaltet sich das künftige Postnetz wie folgt: Die Filiale 3073 Gümligen bleibt bestehen. Die Filiale 3074 Muri b. Bern wird überprüft. Die Aufgabe- und Abholstelle beim BLS Reisezentrum in Gümligen bleibt unverändert."* Er habe gestern schon mit dem zuständigen Herrn der Post, der unser Poststellennetz in die Zukunft bringen werde, abgemacht, dass man sich im Herbst treffe. *"Die Filiale Muri b. Bern wird überprüft"* sei mit offenem Ausgang. Die Post habe Eigentum am Haus, sie habe Interesse daran, eine Agentur zu machen. Wie, wann und in welchem Umfang die Agentur kommen werde, bleibe offen; dies sei der Überprüfungsauftrag. Die Post wisse auch, dass das Gemeindehaus saniert werde, mit Erweiterung und Anbau und sogar mit Überlegungen, Geschäfte dort anzusiedeln. Dies sei für die Post ebenfalls eine Option, die sie gerne verfolge. Auf diesem Kurs bleibe man.

Andreas Kohler-Köhle (SP) bedankt sich für die Ausführungen. Er begrüsse es, dass Abklärungen getroffen worden seien. Im Moment sei die Angelegenheit gut für ihn. Er hoffe, dass der Gemeinderat weiterhin am Ball bleibe und mit der Post das Gespräch suche.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

11 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Aareweg

Thomas Hanke orientiert, am Montag, 26. Juni 2017, werde im Mattenhofsaal ein Infoanlass stattfinden. Weitere Infos würden folgen, sobald Struktur und Ablauf feststehen würden.

12 Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat forum betreffend Risikominimierung Pensionskasse

Der Gemeinderat wird gebeten, sich im Stiftungsrat der Pensionskasse der Gemeinde dafür einzusetzen, dass während der Sanierungsphase die Grundlagen für den Anschluss an eine Sammelstiftung oder eine grössere Pensionskasse erarbeitet werden. Dies mit dem Ziel, das Risikopotential dank geeignetem Set-Up zu minimieren. Falls möglich und sinnvoll, soll er sich bereits vor Ablauf der Sanierungsdauer für eine Überführung einsetzen.

Überlegungen

- Das forum begrüsst die bereits eingeleiteten Sanierungsmassnahmen und unterstützt die vorgeschlagene Sanierung der Muriger Pensionskasse. Wir würdigen damit insbesondere auch die Bereitschaft der Versicherten, ihrerseits zu dieser Sanierung beizutragen.
- Wie von Gemeindepräsident Thomas Hanke an der Informationsveranstaltung vom 9. Mai 2017 ausgeführt, denkt die Gemeinde längerfristig bereits in Richtung des Postulats. Wir begrüssen dies ausdrücklich und hoffen, dass die Überweisung des Postulats diesem Anliegen im Stiftungsrat zusätzliches Gewicht geben kann.
- Die Erarbeitung von Grundlagen für die Überführung der aktuellen PK-Lösung in eine weniger risikoreiche Lösung scheint uns aus Sicht von Versicherten und Gemeinde zwingend:
- Für die Versicherten sind Sanierungsmassnahmen sehr schmerzhaft. Sie sind auch unfair, da sie immer zeitverzögert erfolgen und insbesondere Versicherte vor der Pensionierung besonders stark treffen. Die Sanierungsbedürftigkeit entwickelt sich u.U. über Jahre, die in dieser Zeit pensionierten Personen tragen demgegenüber nicht mehr zur Sanierung bei.
- Aus Sicht der Gemeinde – und der Steuerzahler – erhöhen Sanierungen die Volatilität der Ausgaben und binden Steuergelder, die sonst für andere Anliegen eingesetzt werden könnten.
- Eigenständige Pensionskassen von Gemeinden erreichen selten die notwendige kritische Grösse, wodurch das Risiko überdurchschnittlich hoch ist. Dies gilt auch für die Pensionskasse der Gemeinde Muri bei Bern.
- Entsprechend haben sich zahlreiche Gemeinden des Kantons Bern einer (grösseren) Sammelstiftung angeschlossen, z.B. Ittigen, Bolligen, Ostermundigen (nach Ablehnung Sanierungsbeitrag in Volksabstimmung). Die Vorteile im Vergleich mit einer Sammelstiftung präsentieren sich wie folgt:

| Gemeindeeigene PK | PK Sammelstiftung |
|---|---|
| | Tiefere jährliche Kosten dank Grösse |
| | Tieferes Risikopotential dank Grösse und eigener Expertise |
| | Bei Vollversicherung: Kein Risiko, keine Sanierungsbeiträge |
| Mehr Gestaltungsspielraum | |
| Höhere Identifikation der Versicherten mit der PK | |

- Das forum ist aufgrund der dargelegten Fakten der Meinung, dass sich die Gemeinde im Stiftungsrat dafür einsetzen soll, dass die Grundlagen für den Anschluss an eine Sammelstiftung (teilautonome Stiftung oder Vollversicherung) oder grössere Pensionskasse erarbeitet werden. Wichtig ist der Einbezug der Versicherten, welche einem zukünftigen Anschlussentscheid zustimmen müssen.
- Alternative Lösungen ermöglichen einerseits Einsparungen bei den jährlich wiederkehrenden Kosten (Sparbeiträge, Risiko- und Verwaltungskosten). Die Stadt Aarau prüft zur Zeit den Anschluss an eine Sammelstiftung, je nach Offerte fallen die jährlichen Kosten bis zu CHF 180'000.00 tiefer aus.
- Zentral ist aber v.a. das tiefere Risikopotential bei einer Sammelstiftung oder grösseren Pensionskasse. Besonders interessant ist aus Sicht des Risikomanagements die Vollversicherung, welche eine Unterdeckung ausschliesst. Dies geht zwar mit einer etwas tieferen Rendite einher, dafür hat man den Spatz in der Hand, statt die Taube auf dem Dach.

- Bei einem Anschluss wäre zu prüfen, ob Einsparungen der Gemeinde bei den jährlich wiederkehrenden Kosten zugunsten der Versicherten in zusätzliche Sparbeiträge umgewandelt werden sollen.

Muri-Gümligen, 23.05.2017

P. Rösli

G. Siegenthaler Muinde, P. Waldherr-Marty, J. Stettler, K. Jordi, A. von Gunten, R. Lauper, C. Klopstein, I. Schnyder, B. Schneider, A. Kohler-Köhle, L. Lehni, A. Thaler, M. Anrig, P. Messerli, E. Schmid, R. Waber, R. Racine (18)

Interpellation Grütter (SVP) betreffend Pensionskasse der Gemeinde Muri und flexiblen Altersrücktritt

Der Gemeinderat wird um Antwort auf folgende Fragen gebeten:

- kennt die Pensionskasse der Gemeinde Muri den flexiblen Altersrücktritt, z.B. analog der Regelung der AHV (insbesondere Möglichkeiten des Aufschiebs des Rentenbezugs um mindestens ein bis maximal fünf Jahre)
- wie häufig wurde in den letzten Jahren davon Gebrauch gemacht, wie häufig wurde vorzeitig, wie häufig aufgeschoben pensioniert?
- ist der Gemeinderat bereit, Gemeindeangestellte auf Wunsch über den ordentlichen Pensionierungstermin hinaus zu beschäftigen?
- gedenkt der Gemeinderat den Aufschub und die Weiterbeschäftigung zu ermuntern im Hinblick auf die einschneidenden Renten-Einbussen durch den Rückgang des Umwandlungssatzes und die weiteren Sanierungsmassnahmen?

Begründung

Anlässlich der Informationsveranstaltung der Gemeinde über die Sanierung der Pensionskasse konnte eine grosse Betroffenheit der teilnehmenden Gemeindeangestellten festgestellt werden – zusammen auch mit einem weitgehenden wirtschaftlichen Verständnis für die unpopulären Massnahmen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob mit dem flexiblen Altersrücktritt die Folgen dieser wirtschaftlichen Entwicklungen, welche die Gemeinde in keiner Weise beeinflussen kann, im Einzelfall entschärft werden könnten. Bei der AHV führt z.B. ein zweijähriger Aufschub bereits zu einer Rentenerhöhung von über 10%, bei fünfjährigem Aufschub erhöht sich die Rente um maximal 31.5% (<https://www.ahv-iv.ch/p/3.04.d>, Seite 6).

Gerade bei älteren, insbesondere langjährigen Arbeitnehmern hat sich in der Regel ein grossen know-how angesammelt, welches mit dem Rücktritt verloren geht. Zudem ist aufgrund der demografischen Entwicklung – die Baby-Boomers kommen ins Pensionsalter, die nachfolgenden Jahrgänge sind wesentlich geburtenschwächer – die Gewinnung von Nachwuchs-Fachkräften nicht immer einfach. Wir werden aber nicht nur immer älter, wir bleiben auch immer länger gesund. Nichts liegt deshalb näher als den Angestellten mindestens zu ermöglichen, länger zu arbeiten als bis 65.

Gümligen, 23. Mai 2017

Urs Grütter

P. Rösli, J. Herren, B. Schmitter, M. Humm, M. Gubler, J. Stettler, R. Lütolf, D. Arn, C. Spycher, A. von Gunten, J. Aebersold, E. Zloczower (13)

Interpellation FDP – Fraktion zum Aareweg zwischen Muribadparkplatz und Muribad

Der Gemeinderat wird gebeten, die Situation rund um die geplante Verlegung des Fusswegs zwischen Muribadparkplatz und Muribad im Lichte der Reaktionen aus der Bevölkerung nochmals zu prüfen und zusammen mit den zuständigen kantonalen Behörden gegebenenfalls mögliche Alternativen, welche den bestehenden Weg bewahren könnten, aufzuzeigen.

Begründung

Die geplante Verlegung des Fusswegs zwischen Muribadparkplatz und Muribad hat in erheblichen Teilen der Bevölkerung Verunsicherung und wohl auch Verärgerung ausgelöst. Indikator dafür sind die Petition, welche offenbar in der nächsten Zeit mit einer doch grossen Zahl von Unterschriften eingereicht werden soll sowie eine grosse Zahl von Äusserungen in den Medien

Für viele Menschen hat der bestehende Weg, welcher zumindest aus Sicht eines Laien einigermaßen kostengünstig geschützt werden könnte, einen hohen emotionalen Wert, es wird von weiten Kreisen nicht verstanden, dass ein – technisch offenbar einfach zu realisierender – Schutz des bestehenden Wegs aus primär formaljuristischen und finanziellen Gründen nicht möglich sein soll.

Der Kanton, welcher in dieser Angelegenheit federführend ist, wird in der nächsten Zeit eine Änderung des bestehenden, rechtsgültigen Wasserbauplans auflegen, in welcher die Verlegung des Wegs an den Hangfuss ermöglicht werden soll. Tatsache ist also, dass eine Änderung des bestehenden Wasserbauplans möglich ist.

Es schiene uns sinnvoll, wenn der Gemeinderat im Sinne einer bürgernahen Politik zusammen mit dem Kanton die verfügbaren Optionen – unter Berücksichtigung von Grund- und Hochwasserschutz – und insbesondere den grundsätzlich bei jedem Projekt verfügbaren Handlungsspielraum der beteiligten Behörden proaktiv ausloten und die Erkenntnisse der Bevölkerung zeitnah kommunizieren könnte.

Muri-Gümligen, 23. Mai 2017

B. Schmitter

M. Humm, M. Anrig, R. Lütolf, R. Weibel, J. Aebersold, D. Bärtschi, L. Bircher, A. Corti, G. Siegenthaler Muinde, M. Gubler, E. Zloczower, D. Arn (13)

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, der Ratsausflug finde wie erwähnt am Dienstag, 27. Juni 2017, statt. Anmelden sollte man sich bis Mittwoch, 21. Juni 2017. Wir würden uns am Dienstag, 20. Juni 2017, zur nächsten GGR-Sitzung hier treffen und es bestehe also die Möglichkeit, sich bei ihm oder bei Frau Pulfer noch anzumelden. Es werde um das Thema Entsorgung (Bigler, Kewu) gehen und er habe noch einen dritten Referenten zum Recycling von Kunststoff gewinnen können, nämlich in der Person von Herrn Michael Hügi, Mitglied der Umweltschutzkommission. Anschliessend werde man zum Nachtessen in den Mattenhof gehen. Dieser werde von einer Stiftung geführt, welche Leute ins Erwerbsleben integriere. Es sei ihm ein Anliegen gewesen, einen derartigen Betrieb zu unterstützen. Beginn des Ratsausflugs werde um 17.00 Uhr sein.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Walter Thut

Anni Koch